

LANDKREIS PRIGNITZ  
STADT PUTLITZ  
„SIEDLUNG LÜTKENDORF-PARCHIMER CHAUSSEE“

**Außenbereichssatzung**

**gem. § 35 Abs. 6 BauGB**

**für die „Siedlung Lütkenhof-Parchimer Chaussee“  
der Stadt Putlitz**

Begründung

Stand: 15 Mai 2024

---

---

*erarbeitet durch:*

KK-RegioPlan

Büro f. Stadt- u. Regionalplanung

Dipl. Ing. Karin Kostka  
Doerfelstraße 12, 16928 Pritzwalk

[www.kostka-regioplan.de](http://www.kostka-regioplan.de)

Tel./ Fax: 03395-303996 / 300238  
e –mail: [kk-regioplan@gmx.net](mailto:kk-regioplan@gmx.net)

	2
1. Ziel der Außenbereichssatzung, „Siedlung Lütkenhof-Parchimer Chaussee“	3
2. Anlass der Außenbereichssatzung, „Siedlung Lütkenhof-Parchimer Chaussee“	3
3. Geltungsbereich	3
4. Zulässige Nutzungen	4
5. Zulässigkeitsbestimmungen	4
6. Ziele und Grundsätze der Raumordnung	6
7. Denkmalschutz	8
8. Löschwasser , Graben II. Ordnung 1/19	9
9. Naturschutzrechtlicher Belang	9
9.1 Landschaftsschutzgebiet und Vogelschutzgebiet „Agrarlandschaft Prignitz- Stepenitz	10
10. Immissionsschutz	11
11. Verfahren und Bekanntmachung	11

### **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1 Darstellung der Abgrenzung der Außenbereichssatzung, Auszug aus dem Lageplan .....	5
Abbildung 2 Darstellung der Abgrenzung der Außenbereichssatzung auf Basis des Luftbildes (DG Orthofoto).....	5
Abbildung 3: Darstellung des 2. Entwurf zum LEP HR v. 19.12.2017, Teil 2 Zentrale Orte .....	6
Abbildung 4: Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan Freiraum u. Windenergie, Satzung 21.11.2018 Lage und Abgrenzung des Geltungsbereiches der Satzung sowie Darstellung des LEP HR .....	8

## **1. Ziel der Außenbereichssatzung, „Siedlung Lütkenhof-Parchimer Chaussee“**

Die Außenbereichssatzung, „Siedlung Lütkenhof-Parchimer Chaussee“, nach § 35 Abs. 6 BauGB ermächtigt die Gemeinde, für bebaute Gebiete im Außenbereich, in denen eine Wohnbebauung von einigem Gewicht vorhanden ist, durch diese einfache Satzung zugunsten des Wohnungsbaues und ggfl. kleinerer Handwerksbetriebe bestimmte öffentliche Belange auszuschalten, die dem Bauvorhaben ansonsten gem. §35 Abs. 2 BauGB entgegengehalten werden könnten.

Die Außenbereichssatzung ermöglicht, legal innerhalb bebauter Bereiche im Außenbereich, die nicht die Qualität eines "im Zusammenhang bebauten Ortsteils" erreichen, Wohn- und Gewerbegebäude zu errichten.

Die Außenbereichssatzung gem. § 35 Abs. 6 BauGB soll für die Siedlung im Außenbereich „Siedlung Lütkenhof-Parchimer Chaussee“ der Stadt Putlitz aufgestellt werden, um eine sinnvolle und städtebaulich geordnete Nutzung des vorhandenen bebauten Bereiches mit einer Wohnbebauung von einigem Gewicht zu ermöglichen.

Ein Flächennutzungsplan für den Außenbereich „Parchimer Chaussee“ der Stadt Putlitz liegt nicht vor.

## **2. Anlass der Außenbereichssatzung, „Siedlung Lütkenhof-Parchimer Chaussee“**

Der Einsatz dieser Außenbereichssatzung ist auf einfache Fälle beschränkt und dort dienlich, wo beispielsweise bebaute Strukturen im Außenbereich fortentwickelt werden können, was an der Parchimer Chaussee zur Stadt Putlitz der Fall ist.

Die Satzung wird hier eingesetzt, um die Umstrukturierung der Landwirtschaft insbesondere den Ersatz durch überwiegend Wohnen nachzuvollziehen und die Siedlungsstruktur zu stabilisieren und ermöglicht eine Bebauung insbesondere das bauliche Ausnutzen einer vorhandenen Lücke in Anreihung bestehender Einzelhausbebauungen.

## **3. Geltungsbereich**

Die Grenzen für den bebauten Bereich im Außenbereich der Gemarkung Lütkenhof werden gemäß den im beigegefügt Lageplan (M 1:1.500) ersichtlichen Darstellungen festgelegt.

Folgende Flurstücke in der Flur 8 der Gemarkung Lütkenhof umfasst die Außenbereichssatzung, „Siedlung Lütkenhof-Parchimer Chaussee“: 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199 und 192 teilweise.

Der Lageplan ist Bestandteil dieser Satzung.

## **4. Zulässige Nutzungen**

Innerhalb der in § 1 festgesetzten Grenzen richtet sich die planungsrechtliche Zulässigkeit von Wohnzwecken dienenden Vorhaben und kleinen Handwerks- und Gewerbebetrieben nach § 35 Abs. 6 BauGB in Verbindung mit § 35 Abs. 2 BauGB.

Die Errichtung, Änderung und Nutzungsänderung von Wohnzwecken oder kleinen Handwerk- und Gewerbebetrieben dienenden Vorhaben kann nicht entgegengehalten werden, dass sie

- einer Darstellung des Flächennutzungsplanes für Flächen für die Landwirtschaft oder Wald widersprechen oder
- die Entstehung oder Verfestigung einer Splittersiedlung befürchten lassen.

Von der Satzung bleibt die Anwendung des § 35 Abs. 4 BauGB unberührt.

## **5. Zulässigkeitsbestimmungen**

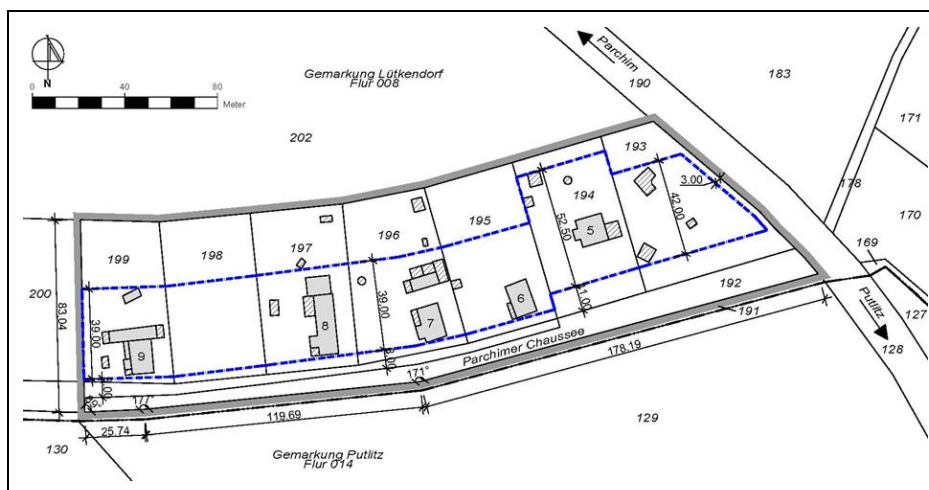
Die Errichtung von Neubauten im Sinne von § 35 Abs. 6 BauGB ist nur innerhalb der im Lageplan dargestellten Baugrenze zulässig.

Bei Nutzungsänderungen und Änderungen von bestehenden baulichen Anlagen zu Wohnzwecken dürfen nicht mehr als zwei Wohnungen je Gebäude eingerichtet werden.

Die Errichtung folgender Nebenanlagen ist zulässig:

- Stellplätze, Carports und Garagen
- ein Abstellraum je Wohneinheit bis 20 m<sup>2</sup>
- Einrichtungen zur Kleintierhaltung
- Pfeiler, Mauern oder Stützmauern und sonstige Einfriedungen mit nicht mehr als 2,0 m Höhe
- untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen, die dem Nutzungszweck der im Geltungsbereich der Satzung liegenden Grundstücke selbst dienen.

Erläuterung:



**Abbildung 1 Darstellung der Abgrenzung der Außenbereichssatzung, „Siedlung Lütendorf-Parchimer Chaussee“, Auszug aus dem Lageplan**

Die Baugrenze für künftige Errichtung von Neubauten lehnt sich an den vorhandenen Gebäudebestand an, insbesondere rückwärtig zur vorhandenen Erschließungsstraße sollen Gartenbereiche verbleiben. Die vorhandenen Hauptgebäude werden direkt von der Parchimer Chaussee erschlossen und sollen auch für künftige Neubauten gelten. Auf den bebauten östlich gelegenen Wohngrundstücken wurden Einfriedungen vorgenommen, deren Höhe maßgebend für die maximal mögliche Höhe von Einfriedungen sein soll.

Alle für den Nutzungszweck der Grundstücke erforderliche Nebenanlagen können zugelassen werden.

Innerhalb der vorhandenen Bebauung stehen die Haupthäuser überwiegend giebelständig ausgerichtet zur Parchimer Chaussee, bis auf eine Ausnahme, ganz im Osten. Alle Häuser besitzen ein Satteldach, daher wird angestrebt bei künftigen Neubauten diese Parameter aus der nachbarschaftlichen Bebauung an die künftige Bebauung anzupassen. (sh. nachfolgendes Luftbild).



**Abbildung 2 Darstellung der Abgrenzung der Außenbereichssatzung, „Siedlung Lütendorf-Parchimer Chaussee“, auf Basis des Luftbildes (DG Orthofoto)**

Der westlich der L111 angrenzende Planungsabschnitt erstreckt sich geringfügig in den Bereich des freien Strecke L111. Der Landesbetrieb Straßenwesen hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass in diesem Bereich die anbaurechtlichen Beschränkungen des Brandenburgischen Straßengesetzes (BbgStrG) §24 zu beachten sind. Insbesondere dürfen Hochbauten jeder Art in einer Entfernung von 20 Metern längs zur Fahrbahn nicht errichtet werden, sowie bauliche Anlagen jeder

Art, die über Zufahrten an Landes-oder Kreisstraßen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen werden sollen, nicht errichtet werden. Die in Rede stehenden Außenbereichsflächen werden über die Gemeindestraße, die an die L111 anschließt, erschlossen.

Innerhalb der Parchimer Chaussee sind alle Erschließungs- und Medienträger vorhanden.

Die Trinkwasserleitung als auch die Leitung der Telekom verläuft im öffentlichen Straßenraum, die Abwasserbeseitigung erfolgt in diesem Gebiet dezentral. Zusätzlich ist jedoch bei Einreichung eines Bauantrages durch einen künftigen Bauherren der aktuelle Leitungsbestand der Versorgungsunternehmen einzuholen.

## 6. Ziele und Grundsätze der Raumordnung

### Landesplanung

Die Stadt Putzitz ist Sitz des Amtes Putzitz-Berge zu der auch die Gemeinden Berge, Gültitz-Reetz, Pitow und Triglitz zählen.

Der Amtsbereich umfasst eine Fläche von ca. 240km<sup>2</sup> mit ca 4.800 Einwohnern. Auf den Ort Berge entfällt eine Fläche von ca 119,68 km<sup>2</sup> mit 2624 Einwohnern (Stand 31.12.2019)<sup>1</sup>, das entspricht einer Bevölkerungsdichte von 22 Einwohner je km<sup>2</sup>.

Für die Stadt Putzitz ergeben sich die Erfordernisse der Raumordnung im Sinne d. § 3 Ziffer 1 Raumordnungsgesetz (ROG) insbesondere aus dem

- Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 235) und
- Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35) am 01.07.2019 in Kraft getreten

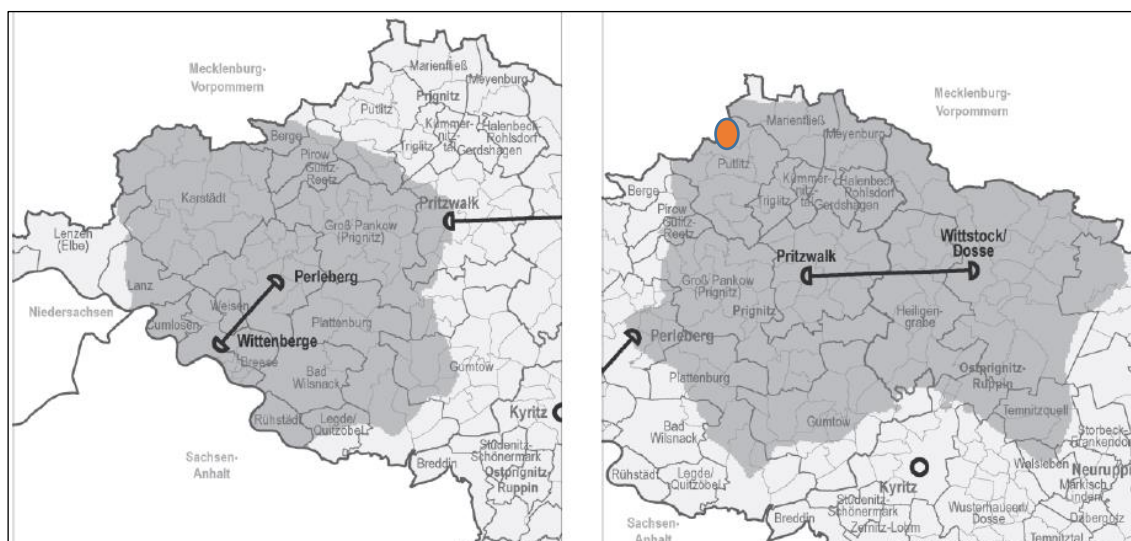


Abbildung 3: Darstellung des 2. Entwurf zum LEP HR v. 19.12.2017, Teil 2 Zentrale Orte

<sup>1</sup> Bevölkerung im Land Brandenburg nach amtsfreien Gemeinden, Ämtern und Gemeinden, Stand 21.11.2023

Für die Entwicklungsmöglichkeiten des Außenbereichs der Stadt Putlitz sind die Ziele und Grundsätze der Raumordnung relevant.

Der Außenbereich „Parchimer Chaussee“ der Stadt Putlitz verfügt derzeit über 5 Haushalte, insgesamt erfährt Putlitz in den letzten Jahren einen minimalen Einwohnerzuwachs von ca. 2-3 % jährlich sodass sich daraus auch die Nachfrage an Ansiedlungsmöglichkeiten begründet.

### **Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg**

Der Landesentwicklungsplan HR wurde am 02.04.2019 von den Landesregierungen in Berlin und Brandenburg beschlossen und am 29.04.2019 ausgefertigt. Er trat in beiden Ländern am 01.07.2019 in Kraft.

Gemäß LEP HR sieht die Gemeinde folgende Grundsätze der Raumordnung für sich erfüllt und hat folgende Grundsätze abgeleitet:

#### **§ 4 Kulturlandschaften und ländliche Räume**

##### **G 4.3 Ländliche Räume**

Die ländlichen Räume sollen so gesichert und weiterentwickelt werden, dass sie einen attraktiven und eigenständigen Lebens- und Wirtschaftsraum bilden, ihre typische Siedlungsstruktur und das in regionales kulturlandschaftlicher Differenzierung ausgeprägte kulturelle Erbe bewahren und ihre landschaftliche Vielfalt erhalten.

Im Ergebnis der Auswertung des LEP HR kann festgestellt werden, dass die vorliegende Planung mit den übergeordneten raumordnerischen Zielen vereinbar ist.

### **Regionalplanung**

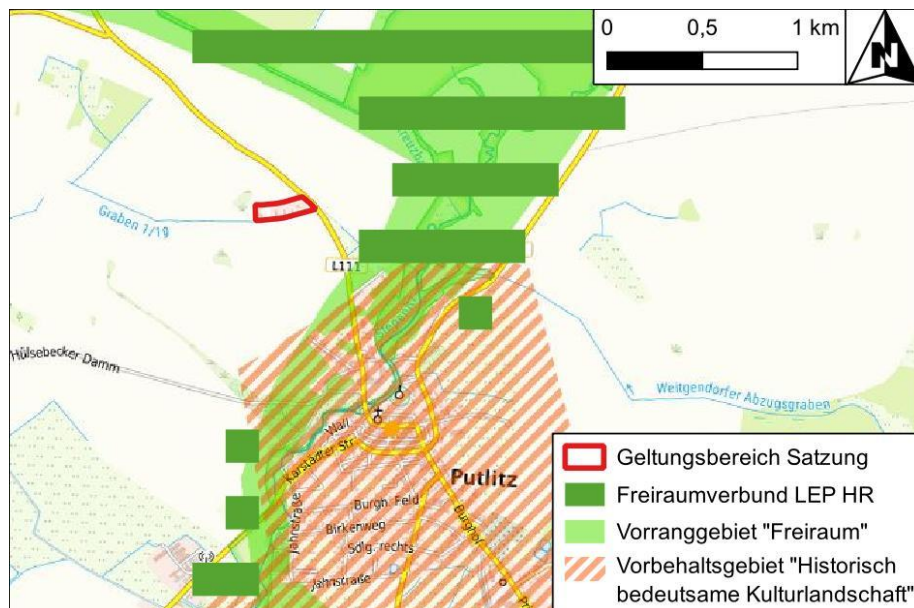
Die Ziele der Regionalplanung basieren auf den folgenden Erfordernissen der Raumordnung:

- Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Rohstoffsicherung“ (ReP Rohstoffe), Satzung vom 24. November 2010
- Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Freiraum und Windenergie“ (ReP FW) Satzung vom 21. November 2018  
*Der Regionalplan wurde von der Regionalversammlung am 21. November 2018 als Satzung beschlossen. Die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg hat den Regionalplan im Juli 2019 genehmigt. Ausgenommen hiervon ist das Kapitel "Windenergienutzung"*
- Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Grundfunktionale Schwerpunkte“, am 19.11.2020 genehmigt

Aus dem ReP „Rohstoffe“ gehen, für die von der Planung beanspruchten Flächen, keine verbindlichen Flächenfestlegungen aus, die zu berücksichtigen wären.

Zum Schutz wertvoller Freiraumbereiche und in deren Verbindung Vorranggebiete "Freiraum" gehen aus dem ReP „Freiraum und Windenergie“ (Stand November 2018) in Bezug auf den Freiraum (grüne

Darstellungen) ebenfalls keine verbindlichen Festlegungen auf den vorliegend überplanten Änderungsbereich aus, da sie außerhalb des Geltungsbereiches verlaufen.



**Abbildung 4: Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan Freiraum u. Windenergie, Satzung 21.11.2018 Lage und Abgrenzung des Geltungsbereiches der Satzung sowie Darstellung des LEP HR**

Mit vorliegenden Abbildungen konnte nachgewiesen werden, dass durch den Geltungsbereich der vorliegenden Satzung keine Belange des Freiraumverbundes, des Vorranggebietes für Freiraum als auch keine Belange historisch bedeutsamer Kulturlandschaften beeinträchtigt werden.

## 7. Denkmalschutz

Das Plangebiet befindet sich außerhalb bekannter Bodendenkmale bzw.

Bodendenkmalvermutungsflächen. Somit können Beeinträchtigungen durch die Planung ausgeschlossen werden.

Aus der Stellungnahme der Unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Prignitz erging nachfolgender Hinweis, der bei Bauarbeiten zu beachten ist:

„Da jedoch mit dem Vorhandensein von bisher unentdeckten Bodendenkmalen zu rechnen ist, machen wir auf folgende Festlegungen im Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) - vom 24. Mai 2004 (GVBl. I, S. 215) aufmerksam:

Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Tonscherben, Metallsachen, Münzen, Knochen u.ä. entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege, unter der o.g. Adresse und der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 und 2 BbgDSchG). Die entdeckten Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen



(§ 11 Abs. 3 BbgDSchG).Funde sind unter den Voraussetzungen der §§ 11 Abs. 4, 12 BbgDSchG abgabepflichtig.“

## 8. Löschwasser , Graben II. Ordnung 1/19

Im Rahmen der Beteiligung zur Satzung wurde durch den Landkreis Prignitz, Sb Brand- und Katastrophenschutz mitgeteilt, dass gem. Arbeitsblatt W405 DVGW die Löschwasserversorgung durch die Gemeinde sicher zu stellen ist, der Hinweis ist zu beachten, die nächste gelegene Löschwasserentnahmestelle befindet sich im Randbereich der vorhandenen Siedlung, Parchimer Chaussee.

An der südlichen Plangebietsgrenze befindet sich der Graben II. Ordnung 1/19 dessen Unterhaltungspflicht beim Wasser und Bodenverband Prignitz liegt. Die Gewässerrandstreifen sind von Bebauung frei zu halten, was mit der eingetragenen Baugrenze realisiert werden kann.

Sollten sich im Zuge der Umsetzung der Außenbereichssatzung Berührungspunkte zum Wasserlauf ergeben, so sind diese mit dem Wasser- und Bodenverband „Prignitz“ abzustimmen.

## 9. Naturschutzrechtlicher Belang

Regelungen, die Flächen oder Maßnahmen von Eingriffen in Natur und Landschaft im Sinne des §1a Abs. 3 BauGB betreffen, werden innerhalb dieser Außenbereichssatzung, „Siedlung Lütkenhof-Parchimer Chaussee“, nicht zugelassen.

Über den Ausgleich ist wie bei jedem sonstigen Vorhaben im Außenbereich über das konkrete Vorhaben gem. Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und den landesrechtlichen Regelungen Brandenburgs (Baumschutzverordnung Prignitz (BaumSchV-PR) oder Hinweise zum Vollzug der Eingriffsregelung (HVE)) zu verfahren.

Mit Stellungnahme des Landkreises Prignitz, Untere Naturschutzbehörde, wurde darauf verwiesen, das die Außenbereichssatzung gemäß § 35 Abs. 6 BauGB mit dem Ziel aufgestellt wird, Bauvorhaben im Geltungsbereich der Satzung, welche ohne Satzung im Außenbereich nicht möglich wären, zu realisieren. Die Bauvorhaben beurteilen sich in zukünftigen Baugenehmigungsverfahren nach § 35 BauGB. Die Eingriffs-/Ausgleichsregelung ist bei der Aufstellung der Außenbereichssatzung nach Auskunft durch des Sachbereiches Bauordnung nicht relevant, da sie im Rahmen des Bauantragsverfahrens abgearbeitet wird. Der gesetzliche Gehölz-, Biotop- und Artenschutz sind auch im Baugenehmigungsverfahren zu prüfen.

### Gehölzschutz:

Der vorhandene Gehölzbestand auf den Plangebietsflächen unterliegt der Baumschutzverordnung des Landkreises Prignitz (BaumSchV-PR) wonach der geschützte Gehölzbestand zu erhalten ist und nicht beseitigt, beschädigt wesentlich verändert oder nachhaltig beeinträchtigt werden darf. Der

tatsächliche Eingriff ist im Rahmen des nachfolgenden Bauantragsverfahrens zu präzisieren, wonach die erforderliche Kompensation zu ermitteln ist.

## 9.1 Landschaftsschutzgebiet und Vogelschutzgebiet „Agrarlandschaft Prignitz-Stepenitz“

Der Geltungsbereich überlagert Teilflächen

- des Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Agrarlandschaft Prignitz-Stepenitz“ sowie
- des Vogelschutzgebietes (Special Protection Area – SPA) „Agrarlandschaft Prignitz-Stepenitz“ (Gebietscode DE 2738-421).

Die Schutz- und Erhaltungsziele des SPA ergeben sich aus der Verordnung über das LSG, welche eine der einzelstaatlichen Rechtsgrundlage für das SPA darstellt. Das SPA umfasst daher die gesamte Fläche des LSG und ist nahezu deckungsgleich mit dem LSG. Die Abgrenzung des LSG wurde nachrichtlich auf der Planzeichnung übernommen. Nachfolgende Abbildung verdeutlicht, dass sowohl Teile des Flurstückes 199 im Geltungsbereich des LSG liegen sowie das Flurstück 193 der Gemarkung Lütgendorf. Beide Teilflächen sind bereits bebaute bzw. gärtnerisch genutzte Grundstücke, eine bauliche Verdichtung auf dem Flurstück 199 ist aufgrund der Ausweisung der Baugrenzen nicht möglich und daher weitere Einflussnahme auf die Schutzzwecke der Schutzgebietsverordnungen nicht zu erwarten.

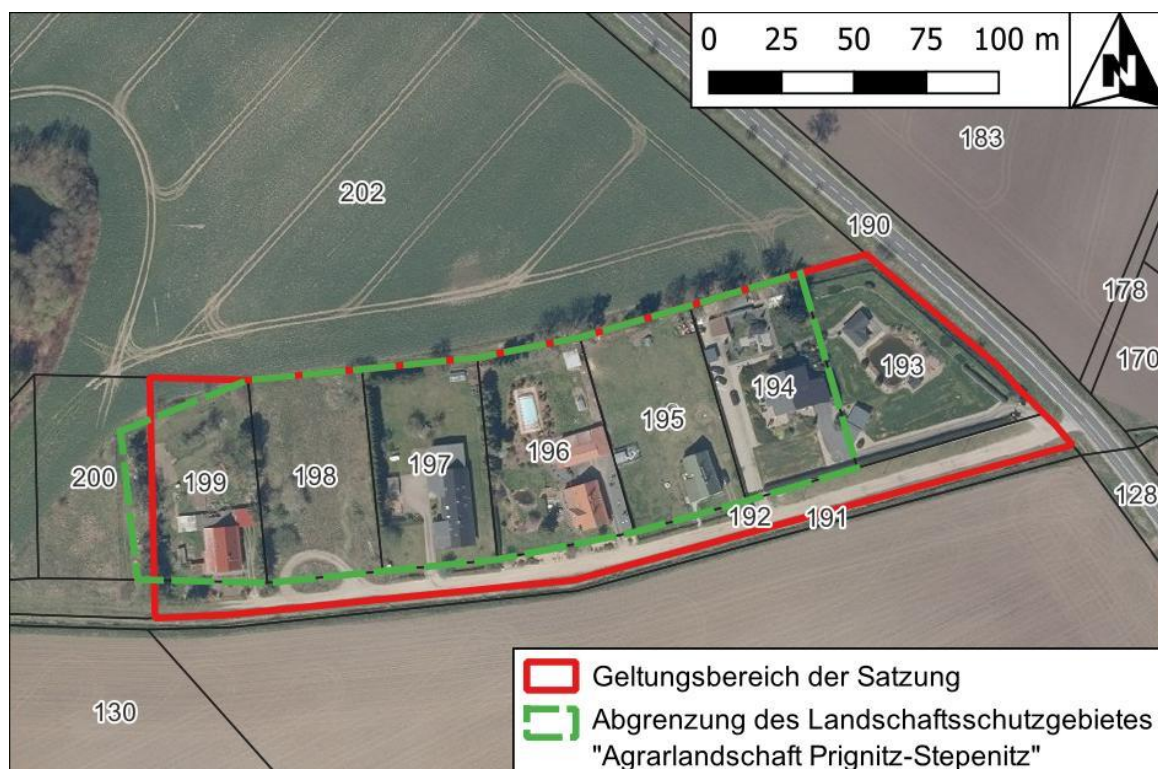


Abbildung 5: Abbildung Geltungsbereich Außenbereichssatzung „Siedlung Lütgendorf-Parchimer Chaussee“ mit Abgrenzung LSG

Das Flurstück 193 ist mit einem privaten Ziergarten und einem Naturteich angelegt worden. Auf diesem Grundstück wurden kleinere Schuppen errichtet, die zur gärtnerischen Nutzung zugeordnet werden können. Beides wird naturnah genutzt und führt zu keiner Beeinträchtigung der Schutzgebietszwecke.

Sofern eine weitere bauliche Nutzung beantragt wird, sind die Belange der Eingriffs- Ausgleichsregelung zu berücksichtigen, wobei mit einer möglichen hinzukommenden Wohnbebauung auf dem Flurstück 193 mit keiner negativen Beeinträchtigung des Schutzgebietszweckes aufgrund der Kleinteiligkeit der baulichen Maßnahme zu rechnen ist.

## 10. Immissionsschutz

Mit Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt, Abteilung Technischer Umweltschutz wurde der Außenbereichssatzung grundsätzlich zugestimmt. Dennoch wird darauf verwiesen, dass im Osten die Landesstraße L 111 an das Plangebiet angrenzt und der Schutzanspruch von Wohnnutzungen im Außenbereich nach der Rechtsprechung der von Misch- bzw. Dorfgebieten gleichgesetzt wird. Damit gelten die Orientierungswerte von tags 60 dB(A) und nachts 45 dB(A) bzw. nachts 50 dB(A) für Verkehrslärm. Eine überschlägige Berechnung des Verkehrslärms im Satzungsgebiet auf der Grundlage der Straßenverkehrsprognose 2023 ergab eine geringfügige Überschreitung an dem der Landesstraße am nächsten liegenden Gebäude, die jedoch als nicht erheblich eingeschätzt wird, da sich bereits aus anderen gesetzlichen Vorgaben (GEG4) ein für die Wahrung gesunder Wohnverhältnisse erforderlicher Aufbau der Außenbauteile der Gebäude ergibt. Das LfU hat der vorliegenden Satzung aus immissionsrechtlicher Sicht zugestimmt, bei künftigen Planungen bzw. Genehmigungen sind jedoch die Umwelteinwirkungen der Landesstraße L111 zu berücksichtigen.

## 11. Verfahren und Bekanntmachung

Bei Aufstellung der Satzung sind gem. § 35 Abs. 6 BauGB die Vorschriften über die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3 sowie Satz 2 entsprechend anzuwenden.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden, deren Aufgabenbereich berührt werden kann, werden aufgefordert, Ihre Stellungnahme innerhalb eines Monats abzugeben, wobei die Frist zur Abgabe einer Stellungnahme 30 Tage nicht unterschreiten darf.

Die Satzung ist durch die Stadt Putlitz zu beschließen.

Die Satzung unterliegt nicht mehr der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde.

Die Satzung tritt am Tag der Bekanntmachung gem. §10 Abs. 3 BauGB in Kraft und ist ab dem Tag der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung zur Einsicht zu jedermann während der Dienststunden öffentlich auszulegen.

Aufgestellt 23.November 2023, ergänzt nach der Beteiligung gem. §13 BauGB  
Im Mai 2024

bearbeitet durch Dipl.-Ing. Karin Kostka, techn. Zeichnerin Michaela Liedtke

---

K.K. RegioPlan Büro für Stadt- u. Regionalplanung  
Dipl. Ing. Karin Kostka

K.K – RegioPlan Büro für Stadt- und Regionalplanung  
Doerfelstraße 12, 16928 Pritzwalk